



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Revisionsausschusses
am 28. August 2013
Rathaus, Raum 107 (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Petermartin Oschmann

Anwesende Ausschussmitglieder:
Ferner anwesend:
Tagesordnung:
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1
siehe Anlage 2
siehe Anlage 3
siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:05 Uhr

Ende: 17:40 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 28/13, 29/13, 32/13 und 33/13 (Drucksachenband 177)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

öffentliche Sitzung

0074 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

0075 Genehmigung der Niederschrift vom 19.06.2013

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 19.06.2013 wird genehmigt

Einstimmig

Die nachfolgenden Punkte (Beschlüsse Nr. 0076 bis 0087) werden ohne Aussprache abgestimmt:

0076 12-F-33-0073

Mehrfachbezuschussung
- gem. Antrag von CDU und SPD vom 30.05.2012 -

Einstimmig

0077 13-V-86-0001

Jahresabschluss 2012 des Eigenbetriebs mattiaqua

Einstimmig

0078 13-V-36-0008

Renaturierung Mosbach im Biebricher Schlosspark, Mittelfreigabe

Einstimmig

0079 13-V-51-0016

Gebührenanpassung in der Kindertagespflege

Einstimmig

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 28. August 2013

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0080 13-V-51-0032

Kindertagesstätte des DRK Flachstraße / Mehrkosten beim Neubau

Einstimmig

0081 13-V-51-0039

Kita des DRK Flachstraße / Geänderte Betriebskosten der Kindertageseinrichtung

Einstimmig

0082 13-V-51-0020

Stelleneuschaffung bei Amt 51/Abteilung 51.5102

Einstimmig

0083 13-V-40-0026

WC-Sanierungen an Wiesbadener Schulen

Einstimmig

0084 13-V-40-0037

Befristete Erhöhung des Stellenumfangs der Stelle 1665 bei 4003

Einstimmig

0085 13-V-20-0052

Investitionscontrolling 2. Quartal 2013

Einstimmig

0087 13-V-03-0011

Empfehlungsprotokolle der TriWiCon

Einstimmig

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 28. August 2013

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0088 13-F-03-0092

Verwendung des Sammelnachweises in Dezernaten
- Antrag von Bündnis90/Die Grünen vom 21.08.2013 -

Stv. Kisseler begründet den Antrag.

Oberbürgermeister Gerich stellt eine schriftliche Beantwortung in Aussicht und teilt dem Ausschuss mit, dass er am 20.08.2013 dem Revisionsamt einen umfangreichen Prüfauftrag zu Baumaßnahmen im Rathaus seit 2007 erteilt hat.

Der Punkt kommt nach Eingang des schriftlichen Berichtes erneut zum Aufruf.

Einstimmig

0089 13-F-08-0059

Einmalzahlung von ESWE Verkehr und WiBus
- Antrag von Linke&Piraten vom 20.08.2013 -

Stv. Göttenauer begründet den Antrag. Es geht dabei nicht darum, dass die Mitarbeiter Geld bekommen haben, sondern um die Weisung des Kämmerers. Hätte nicht die Gesellschafterversammlung dazu entscheiden müssen. Wie wird gegenfinanziert?

Stv. Rottloff fragt den Antragsteller, warum im Antrag behauptet wird, dass die Zahlung auf Anweisung des Kämmerers erfolgte. Diese Behauptung entspricht nicht der Wahrheit. Warum wird nicht gefragt, ob es überhaupt eine Anweisung des Kämmerers gegeben hat. Es bleibt bei der Unterstellung.

Stv. Spallek wirft ein, dass Herr Cramer (Geschäftsführer ESWE-Verkehr) anwesend ist und - soweit der Magistrat dies erlaubt - zum Antrag Stellung nehmen und den Sachverhalt aufklären könnte.

Lt. Oberbürgermeister Gerich darf Herr Cramer in der Sitzung selbstverständlich zum Antrag berichten.

Nach Aussage von Herrn Cramer hat er an „stille Post“ gedacht, denn im Zeitungsartikel habe sinngemäß gestanden „Herr Cramer wird sich erklären müssen, dazu hat Stadtkämmerer Imholz aufgefordert“.

Auf die Fragen im Antrag geht er wie folgt ein:

Es gibt 2 Firmen, WiBus und ESWE-Verkehr, die jeweils 2 Geschäftsführer haben (WiBus Herr Stein und Herrn Cramer - ESWE-Verkehr Herr Burghard und Herrn Cramer). In beiden Gesellschaften sind auf Anweisung der Geschäftsführung aus Motivationsgründen Zahlungen geleistet worden. Die Geschäftsführer haben sich quasi selber die Weisungen dazu gegeben.

Nach der Satzung ist die Geschäftsführung befugt, Zahlungen in dieser Höhe zu leisten. Die Zahlungen sind gegenfinanziert. Durch geschickten Einkauf von Treibstoff konnte z. B. ein Betrag von 350.000 € eingespart werden. Um die Stellung auf dem Markt abzusichern muss viel Arbeit geleistet werden und dies erfordert sehr viel Wissen und Engagement.

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 28. August 2013

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

Der Tarifvertrag für ESWE-Verkehr sieht einen Betrag von 1 % der Lohnsumme (30 Mio €) für Motivationszwecke vor. Dieser Betrag muss ausgegeben werden. Die Mitarbeiter sollten an dem Unternehmenserfolg beteiligt werden.

Nach Aussagen von Stv. Volk-Borowski kann man die hohe Zufriedenheit der meisten Fahrgäste nur dadurch erreichen, dass sich alle Mitarbeiter voll einbringen. Formal sei alles korrekt gelaufen.

Oberbürgermeister Gerich bedankt sich ausdrücklich für das eigenverantwortliche Verhalten von Herrn Cramer.

Stv. Rottloff ist verwundert über den Antrag, denn man wisse doch sonst über die Aufgaben der Geschäftsführung Bescheid oder hätte sich durch einen Blick in die Satzung informieren können. Man hätte daneben auch die Aufsichtsratsmitglieder fragen können. Es sollte wohl ein Angriff auf Stadtkämmerer Imholz sein. Sonst stünde doch Linke&Piraten für den Schutz der Mitarbeiter.

Lt. Stv. Göttenauer hat man dann wohl unterschiedliche Zeitungsartikel gelesen.

Für Vors. Oschmann gibt es einen Punkt zum Nachdenken:

Er kenne Bonuszahlungen, aber immer nur aus Töpfen, die gefüllt seien. Es sei aber wohl eher ein Defizit da. Wie kann man dann eine Sonderleistung erbringen? War das eine sachgerechte Maßnahme?

Stv. Spallek weist darauf hin, dass man nur das beschließen, was beantragt sei, nicht, was in der Vorbemerkung stünde. Es handele sich zudem wohl eher um eine arbeitsmarktpolitische Maßnahme (ermächtigt ja oder nein).

Er beantragt, den Antrag als durch Aussprache für erledigt zu erklären.

Stv. Dr. Gretz-Roth würde gern zustimmen, verwehrt sich aber dagegen, dass Vors. Oschmann hier ein neues Fass aufmacht und sich dagegen stellt.

Sie begrüßt die Zustimmung von Oberbürgermeister Gerich, die Mitarbeiter weiter zu motivieren. Sie kennt in der BRD keinen Verkehrsbetrieb, der nicht defizitär wäre. Wenn man so argumentiere wie der Vorsitzende, könne auch kein Geschäftsführer einen Bonus erhalten.

Stv. Rottloff teilt mit, dass seine Fraktion nicht nur begrüßt, dass die Mitarbeiter Sonderzahlungen erhalten haben, sondern dass man ausdrücklich Wert darauf lege, dass die tarifvertraglichen Bestimmungen umgesetzt werden.

Stv. Franz findet, dass die inhaltliche Diskussion im Aufsichtsrat zu führen sei und weist noch einmal auf den Antrag, den Antrag als durch Aussprache für erledigt zu erklären, hin.

Auf Nachfrage von Stv. Hagenmüller, ob tatsächlich im Tarifvertrag festgeschrieben sei, dass 1 % der Lohnsumme aus Motivationsgründen auszuzahlen sind, bestätigt Herr Cramer dies.

Der Antrag, den Antrag als durch Aussprache für erledigt zu erklären, wird wie folgt abgestimmt:

Einstimmig

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0090 13-A-19-0002

Zukünftige Arbeitsweise des Revisionsausschusses

Nach eingehender Diskussion der beigefügten Aufstellung der Arbeitspunkte des Ausschusses ergeht folgender Beschluss:

I. Der Revisionsausschuss wird sich zukünftig mit folgenden Themenbereichen beschäftigen:

1. Beratung von allen Sitzungsvorlagen (SV), die üpl- oder apl-Mittel ausweisen
2. Prüfung des Jahresabschlusses der LHW
3. Prüfung der Jahresabschlüsse von ELW, mattiaqua usw.
4. Beratung von SV im IT-Bereich
5. Tätigkeit als Akteneinsichtsausschuss - (je nach Beauftragung - seit einiger Zeit auch Benennung von Fachausschüssen)
6. Maßnahmen Korruptionsprävention / Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung
7. Datenschutzberichte
8. Überörtliche Prüfungen des Hess. Rechnungshofes
9. direkte Beauftragung des Revisionsamt ohne Magistratsbeteiligung
10. Mitwirken bei der Besetzung der Stelle des/der Leiters/Leiterin des Revisionsamtes

II. Der Revisionsausschuss verzichtet zukünftig auf die Vorlage von Berichten bzw. die Behandlung von Sitzungsvorlagen zu folgenden Themen:

1. Bestellung von Wirtschaftsprüfern
2. Empfehlungsprotokolle von ELW und TriWiCon (07-A-19-0022 und 13-V-03-0006)
3. Bauprojekte im Tiefbau- und Vermessungsamt (09-V-66-0313 und 13-A-19-0001))
4. Mehrfachbezuschussung (12-F-33-0073)

Einstimmig

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 28. August 2013

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0091 **Verschiedenes**

Zu diesem Punkt wird das Wort nicht gewünscht.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, 17.09.2013

Vorsitzender

Schriftführerin

Weit. Schriftführerin

Oschmann

Kienast-Dittrich

Koba